

An alle Parteien, Verbände und Redaktionen

Gemeinsames Positionspapier gegen Gewalt und für eine konstruktive Debatte

Sehr geehrte Damen und Herren,

die unterzeichnenden Organisationen fordern alle Parteien, Verbände und Redaktionen auf, eine konstruktive Debatte über Ursachen und Folgen von Gewalt zu führen und präventive Maßnahmen gegen Gewalt zu unterstützen.

Wenn Fälle von körperlicher oder verbaler Gewalt besondere Aufmerksamkeit erregen, sind gefühlte Wahrheiten und scheinbar einfache Lösungen schnell ausgesprochen. Das Ergebnis sind virale Schlagzeilen verbunden mit wachsender Angst. Ziel sollte es sein, den Nährboden für Gewalt zu schwächen statt ihn zu stärken. Gewaltprävention ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Alle Seiten sind gefordert, jedwede Form von Gewalt abzulehnen und die Debatte konstruktiv zu führen. Jeder Fall von Aggressivität ist einer zu viel.

Wir brauchen Lösungen und keine Schuldzuweisungen, schon gar nicht Schuldzuweisungen bestimmter Gruppen. Die Tätergruppen sind ganz unterschiedlich. Die Opfer haben eines gemeinsam: Sie alle haben den Angriff nicht verdient.

Es ist eine gemeinsame Aufgabe von Schülerinnen und Schülern, Eltern, Pädagoginnen und Pädagogen, Schule als einen Ort des Lernens und der Geborgenheit zu gestalten. Ein angst- und gewaltfreies Lernklima ist eine entscheidende Voraussetzung für die Qualität des Unterrichts.

Damit das gelingt, braucht es

1. eine klare Haltung gegen jede Form von Gewalt,
2. eine konstruktive Debatte über Folgen und Ursachen von Gewalt,
3. entsprechende Rahmenbedingungen, um Haltung zu vermitteln und Debatten führen zu können.

Wir fordern auf, klar Haltung zu zeigen. Gerade in Schulen hat Gewalt in jeglicher Form keinen Platz. Schule muss ein gewalt- und angstfreier Raum sein für alle dort lernenden, lehrenden und teilhabenden Personen. Dies bedarf einer offenen und vertrauensvollen Kommunikation miteinander.

Wir fordern dazu auf, sachlich zu diskutieren und gefühlte Wahrheiten stärker zu hinterfragen. Mutmaßungen und Gruppen unter Generalverdacht zu stellen, sind nicht der Debatte dienlich, sondern schaffen lediglich Klicks, verbreiten Angst und schüren Hass. Die einzigen Profiteure sind radikale Gruppen.



Wir fordern, die nötigen Ressourcen für präventive Maßnahmen bereitzustellen. Es gilt, die Ursachen zu bekämpfen. Eine ausreichende Versorgung an Lehrkräften, flächendeckende Schulsozialarbeit, kleinere Klassengrößen und die nötigen Fortbildungen sind hierfür grundlegende Faktoren.

Bestmögliche Bildung und Erziehung sind der beste Schutz gegen Gewalt.

Die unterzeichnenden Organisationen setzen sich für eine konstruktive Debatte und für präventive Maßnahmen ein, sie versichern die Bereitschaft, der Landesregierung als konstruktiver Gesprächspartner zur Seite zu stehen.

Mit freundlichen Grüßen

Die Landeschüler*innenvertretung NRW und der Verband Bildung und Erziehung NRW